

# Plattformpapier des

## Agrarbündnis Niedersachsen - vielfältig, fair, bäuerlich



### Bündnispartner sind:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Niedersachsen Bremen e.V. (AbL)

Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e.V. (AGfaN e.V.)

Attac Hannover e.V.

Bauernhöfe statt Agrarfabriken - Landesnetzwerk Niedersachsen

Bioland Niedersachsen/Bremen e.V.

Brot für die Welt - Hannover

Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Landesverband Bremen e.V.

Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Landesverband Niedersachsen e.V.

Bundesverband deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM)

Demeter im Norden - Bäuerliche Gesellschaft e.V.

Junge AbL e.V. (jAbL)

NABU Landesverband Niedersachsen

Slowfood Deutschland e.V.

Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V. (VEN)

Verein für Menschen Umwelt Tiere e.V. (proM.U.T.)

## **Wir haben es satt!**

### **Für eine neue, faire Agrarpolitik in Niedersachsen!**

Weltweit produziert die Landwirtschaft mehr Lebensmittel, als für die Ernährung der Menschheit notwendig ist und trotzdem hungern heute eine Milliarde Menschen. Ebenso viele sind fehlernährt oder übergewichtig. Ein steigender Anteil der Lebensmittel dient als Tierfutter, Treibstoff und wird für andere industrielle Zwecke eingesetzt. In vielen Ländern steht die Bekämpfung des Hungers nicht an erster Stelle. Ein Umdenken ist erforderlich, so dass das Menschenrecht auf gesunde Ernährung endlich prioritär wird.

### **Europäische Union**

Das ursprüngliche Ziel der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft war es, die Bürgerinnen und Bürger der EU zu erschwinglichen Preisen mit Lebensmitteln zu versorgen und den Bäuerinnen und Bauern dafür auskömmliche Preise zu garantieren

Heute verursacht die EU-Agrarpolitik Überschüsse, Verschwendung, Klimaschäden, ökologische und soziale Zerstörung, hunderttausende von Betriebsaufgaben durch den vermeidlichen Strukturwandel, Verödung der ländlichen Regionen, gesundheitliche wie geschmackliche Verarmung der Lebensmittel, Entfremdung und die immer geringer werdende Wertschätzung der Bevölkerung gegenüber Lebensmitteln. Die derzeitige Landwirtschaft ist in enormer Abhängigkeit von Futtermittel- und Energierohstoffimporten, die Hunger und Umweltzerstörung in anderen Ländern zur Folge haben. Gleichzeitig subventioniert sie zerstörerische Agrarexporte. Das alles bezahlen wir mit unseren Steuergeldern.

Anstatt eine klima- und ressourcenschonende Erzeugung gesunder und vielfältiger Lebensmittel zu fördern, subventioniert und bevorzugt die europäische und deutsche Agrarpolitik im Namen der „globalen Wettbewerbsfähigkeit“ agrarindustrielle Großbetriebe und Massentierhaltungsanlagen. Einige wenige Agrar- und Handelskonzerne schöpfen einen Großteil der Agrarsubventionen ab. So wird die Monopolisierung der Agrarmärkte vorangetrieben, wenige multinationale Player bestimmen unsere Lebensmittelerzeugung und drücken die Erzeugerpreise. Innerhalb und außerhalb der EU verursacht die jetzige Agrarpolitik ein rasantes Höfesterben.

Die globalen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte sind enorm und unabweisbar. Die Ernährung der Weltbevölkerung nach europäischem Vorbild würde ein Mehrfaches der auf diesem Planeten verfügbaren Land-, Wasser- und Energie-Ressourcen erfordern und Milliarden Menschen die Existenzgrundlage nehmen. Dafür gibt es weder eine volkswirtschaftliche, ökologische, soziale, politische noch ethische Rechtfertigung. Wir müssen hin zu einer Ernährungssouveränität – weltweit.

Das Wissen, die technischen und finanziellen Möglichkeiten und die Bereitschaft, für eine nachhaltige, menschen-, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft und Ernährung stehen zur Verfügung.

**Packen wir es an!**

## Niedersachsen

Im Agrarland Nr. 1 Niedersachsen steht die Ernährungsindustrie direkt hinter der Autoindustrie an zweiter Stelle beim Gesamtumsatz. Das Bild der Landwirtschaft in Niedersachsen ist allerdings geprägt durch:

- **den Strukturwandel** - 1950 gab es 291.327 Bauernhöfe in Niedersachsen, heute sind es noch 41.730. Allein in den letzten 10 Jahren haben mehr als 20.000 Milchvieh- und Schweinehalter in Niedersachsen aufgegeben. 5.000 Hühnerhalter kümmern sich um 50.000.000 Tiere. Im Gegensatz zum Milchvieh und Schweinebereich befindet sich die Hähnchenerzeugung nicht mehr in bäuerlicher sondern in agrarindustrieller Hand.

Die Gefahr dieser Strukturentwicklung für die Bäuerinnen und Bauern besteht darin, dass sie zu austauschbaren, billig erzeugenden Rohstofflieferanten degradiert werden oder aber zu Vertragslandwirten, in Abhängigkeit von Großkonzernen oder Investoren. Für die Gesellschaft bedeutet diese Entwicklung u. a. eine Globalisierung der Lebensmittel, Zunahme von Lebens- und Futtermittelskandalen sowie Arbeitsplatzabbau und Strukturzerstörung in den ländlichen Regionen. Diese Entwicklung in Niedersachsen und bundesweit ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist politisch gewollt und wird gefördert. Seit Jahrzehnten gibt es eine bewusste agrarpolitische Strategie des „Wachsens oder Weichens“. Durch die flächengebundenen EU-Direktzahlungen werden große Ackerbaubetriebe massiv gefördert. 80% der Direktzahlungen gehen an 20% der Betriebe.

Einzelbetriebliche Investitionsförderprogramme der Bundesländer und erhebliche Subventionen für zum Beispiel große Schlachthanlagen befördern bewusst große Strukturen.

Durch den geförderten Bau großer Biogasanlagen und Massentierhaltungsanlagen sowie großer „konkurrenzstarker“ Ackerbaubetriebe haben sich die Pacht- und Kaufpreise landwirtschaftlicher Flächen drastisch verteuert. So wird der Strukturwandel aktuell zusätzlich angeheizt. Für bäuerliche Betriebe wird es immer schwieriger, ihre Existenz zu sichern, unter anderem weil Zupacht und Zukauf landwirtschaftlicher Flächen unerschwinglich sind.

- **die Massentierhaltung** – In Niedersachsen werden über 50% der Masthühnchen sowie 1/3 aller Schweine und Legehennen in Deutschland gehalten. Hier wird vielfach unter tierquälerischen Haltungsbedingungen Fleisch zu Billigpreisen in Übermengen produziert. Zwar ist das Kupieren der Schnäbel bei Geflügel und Abschneiden der Schwänze bei Schweinen – laut Tierschutzgesetz verboten. Diese Verstümmelung der Tiere wird jedoch durch großzügige Ausnahmeregelungen legitimiert und ist gängige Praxis in der überwältigenden Mehrzahl der industriellen Tieranlagen. Mit der Massentierhaltung gehen immense Auswirkungen auf die Umwelt einher:

- Der in Massentierhaltungsregionen erzeugte **Geflügeltrockenkot und die Gülleflut** finden kaum mehr Platz auf den Äckern der Regionen. Allein im Weser- Ems- Raum fehlen derzeit mehr als 275.000 Hektar, um eine Nährstoffüberflutung zu verhindern.

- **Medikamentenmissbrauch** – Arzneimittelgaben sind in der Tierhaltung oft erforderlich, weil die zugelassenen Haltungsmethoden die überzüchteten Tiere krank machen. Der Antibiotikaeinsatz hat sich seit 2005 verdoppelt. Bei dauerhaftem Antibiotikaeinsatz führt dies zu immer mehr Resistenzbildungen von Keimen, die dann nicht nur Tiere sondern auch Menschen und die Umwelt gefährden.

- **externen Flächenverbrauch** - Derzeit beansprucht die EU über 35 Mio Hektar Ackerland in anderen Ländern der Welt, ein großer Teil davon zur Produktion von v.a. Soja für die Futtermittelproduktion. Aufgrund der vielen Massentierhaltungsanlagen hat Niedersachsen einen hohen Anteil daran.

- ständige Versuche, **Agro-Gentechnik** zu etablieren – trotz klarer Ablehnung der Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie der Verbraucher, die keine gentechnisch veränderten Lebensmittel essen wollen. Die daraus resultierenden Folgen für Umwelt, Gesundheit, Pflanzen- und Tierzucht aber auch der bäuerlichen Existenzen sind nicht hinnehmbar.

- **Biogaserzeugung aus Mais** – Die Fixierung der Biogaserzeugung auf Mais trägt zur „Vermaisung“ der Landschaft und zur Verminderung der Biodiversität der Kulturpflanzen bei.
- **Ressourcen- und Bodenverbrauch** - Durch Nährstoffe aus zu viel Gülle und Mineraldünger auf den Flächen werden Bäche, Flüsse, das Meer und das Grundwasser immer stärker belastet. Das Grundwasser hat unter mehr als 60% der Landesfläche Niedersachsens „schlechte“ Qualität, mit steigender Tendenz. Die intensive Bodenbewirtschaftung, der Umbruch von Grünlandstandorten und zunehmende Monokulturen fördern die Ausbreitung von klimarelevanten Gasen wie u.a. Lachgas.
- **Überproduktion von Fleisch** und Exportorientierung mit verheerenden Auswirkungen für viele Entwicklungsländer, deren lokale Märkte durch den Export von hier unerwünschten Fleischteilen zu Dumpingpreisen zerstört werden.
- den **niedrigsten Anteil am ökologischen Landbau** - Nur 2,8 % der Fläche wird in Niedersachsen ökologisch bewirtschaftet, im deutschen Durchschnitt sind es über 6%. Trotz wachsender Nachfrage nach Bioprodukten nimmt die Biofläche in Niedersachsen sogar ab.
- Angesichts eines heutigen Regelsatzes z.B. von Hartz IV, der nur rund 130 Euro für die Ernährung beinhaltet und Niedriglöhnen vieler Beschäftigter, die ebenfalls kaum höhere Ausgaben fürs Essen und Trinken erlauben, ist fair und regional erzeugte Nahrung als Regelnahrung für viele Menschen unerschwinglich. Die gesellschaftliche Wertschätzung bäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft und deren Erzeugnissen erfordert demgegenüber ein **Mindesteinkommensniveau** sowohl bei Sozialhilfebeziehenden wie auch bei Beschäftigten, das es diesen ermöglicht, sich aus regionalem, fairem, bäuerlichem Anbau zu ernähren.

## Unser Leitbild

### Stärkung und Unterstützung der bäuerlichen und der ökologischen Landwirtschaft

Der Weltagrarbericht 2008 hat deutlich das Potenzial der ökologisch ausgerichteten kleinbäuerlichen Landwirtschaft zur Umsetzung des Menschenrechts auf gesunde Ernährung weltweit dargelegt. Auf dieser Grundlage fordern wir eine Agrarpolitik, die dem Ziel den Welthunger wirkungsvoll zu bekämpfen, Rechnung trägt.

Landwirtschaft erfüllt darüber hinaus mehr Aufgaben als nur die Erzeugung von Lebensmitteln. Sie soll auch die Kulturlandschaften erhalten, für Biodiversität sorgen, das gesellschaftliche Leben auf dem Land erhalten und dort Arbeitsplätze schaffen. Damit Landwirtschaft ihre Multifunktionalität erfüllen kann, müssen die Bäuerinnen und Bauern und die handwerklichen Lebensmittelverarbeiter ein angemessenes Einkommen für ihre Arbeit und ihre Produkte generieren können. Das wird durch die aktuelle Agrarpolitik zunehmend schwieriger. Die Devise muss in Zukunft lauten: Qualitativ hochwertige Lebensmittel zu fairen Erzeugerpreisen und mit Respekt vor den Pflanzen und Tieren. Im Mittelpunkt der Politik muss der Erhalt vielfältiger, bäuerlicher Betriebe stehen, umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft muss sich wieder lohnen. Nur so findet Wertschöpfung in den Regionen statt und schafft einen lebendigen lebenswerten ländlichen Raum.

Der ökologische Landbau verbindet Klima- und Ressourcenschutz in besonderer Weise. Durch die Orientierung auf ökologische Kreisläufe und eine angepasste Tierhaltung trägt er dazu bei, den Boden, das Trinkwasser und die Artenvielfalt zu erhalten statt sie zu belasten. Diese nachhaltige Form der Landwirtschaft muss gerade im Agrarland Nr. 1 gezielt gestärkt werden.

Um die bäuerliche und ökologische Landwirtschaft auf Dauer zu sichern, muss sie von dem ökonomischen Druck befreit werden, Masse zum günstigsten Preis zu liefern. Dazu brauchen die VerbraucherInnen ein Einkommen, aus denen sie Nahrung zu dem Preis bezahlen können, der für den Fortbestand der bäuerlichen und regionalen Landwirtschaft erforderlich ist.

Unser Leitbild beschreibt die Landwirtschaft der Zukunft; bäuerlich, ökologisch und in Verantwortung für zukünftige Generationen. Um dies zu erreichen müssen die europäischen Direktzahlungen an gesellschaftliche Leistungen gekoppelt werden.

## **Die Landesregierung muss ihre Verantwortung hier in Niedersachsen, im Bundesrat wie auch bei der Gestaltung der zukünftigen europäischen Agrarpolitik wahrnehmen.**

### **Wir fordern:**

- **EU-Agrarsubventionen für ökologische und soziale Leistungen!**

Die Subventionsverteilungen dürfen nicht ausschließlich nach der Hektarzahl berechnet werden. Voraussetzung für die Ausbezahlung der Förderungen muss die Einhaltung einer vielfältigen Fruchtfolge mit maximalem Anteil einer Frucht von 50 % und mindestens 20 % Leguminosenanteil sein. Weiter müssen 10 % der Betriebsfläche als ökologische Vorrangfläche ausgewiesen werden.

- **Faire Preise und Mindestlöhne, dezentrale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen!**

Wir brauchen eine am Bedarf orientierte, nachhaltige, qualitativ hochwertige und regionale Lebensmittelerzeugung. Hierzu müssen den ErzeugerInnen faire und kostendeckende Preise ausbezahlt werden. Die Machtkonzentration auf Molkereikonzerne und Handel muss gestoppt werden, stattdessen brauchen MilchbäuerInnen und VerbraucherInnen mehr Marktmacht, um die bäuerlichen und gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen. Für Marktverhandlungen muss eine europäische Monitoringstelle eingeführt werden, besetzt mit VertreterInnen aus Erzeugung, Verarbeitung, Handel und Verbrauchern.

Sofort einzustellen ist die Ausbeutung der ArbeiterInnen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft. Um diesen Missstand zu beheben, sind Mindestlöhne einzuführen. Die Grundsicherung für Erwerbslose, ältere Menschen und erwerbsunfähige Menschen muss deutlich angehoben werden. Auch Mindestlöhne müssen ein Niveau haben, das keinen Druck zum Konsum von Billigstangeboten aufbaut. Handwerkliche Verarbeitungsbetriebe und regionale Vermarktungsstrukturen sind zu unterstützen und wieder aufzubauen.

- **Förderung der JunglandwirtInnen!**

Um die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft zu sichern, brauchen JunglandwirtInnen, die bäuerliche Betriebe übernehmen wollen, unbürokratischen Zugang zu Boden, Geld und Beratung. Dafür müssen von der EU bereitgestellte Niederlassungsprämien von der Landesregierung abgerufen werden. Teile der Investitionsförderung müssen für JunglandwirtInnen reserviert werden und auch für kleinere Investitionen abrufbar sein.

- **Transparenz bei der Bodenvergabe!**

Wir brauchen eine Reform bei der Bodenvergabe. Es muss sichergestellt werden, dass bei Verkauf und Verpachtung von Flächen völlige Transparenz hergestellt wird und bäuerliche Betriebe sowie NeueinsteigerInnen Zugang zu Boden haben. Ein Ansatz ist das Grundstücksverkehrsgesetz: Die Anzeigepflicht bei Verkauf und Verpachtung muss verschärft werden, das Vergabegremium muss aus unterschiedlichen landwirtschaftlichen Verbänden zusammengesetzt sein und der Kriterienkatalog muss geändert werden.

- **Keine Agrarsubventionen für tierquälerische und umweltzerstörende Haltungsformen!**

Die Subventionen und Privilegien für industrielle Tierhaltung müssen abgeschafft werden: Das Privileg für das Bauen im Außenbereich ist auf die bäuerliche, flächengebundene Tierhaltung zu begrenzen. Tierhaltung ohne direkte Flächenbindung und Anlagen, die so groß sind, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutz-Gesetz erforderlich ist, sind vom Bauprivileg auszuschließen.

Die Beteiligungsmöglichkeiten und Klagerechte der Bevölkerung, von Gemeinden und von Verbänden müssen gestärkt werden.

- **Langfristige Umstellung auf heimische Eiweißfuttermittel!**

Niedersachsen muss sich dafür einsetzen, dass kurzfristig die Erzeugung und Fütterung von heimischen Eiweißfuttermitteln und die Nutzung von Dauergrünland bevorzugt wird, um so schrittweise seinen Selbstversorgungsgrad an Futtermitteln zu erhöhen. Flankiert werden muss dies durch die Reduktion des Tierbestandes und eine strikte Flächenbindung der Tierhaltung.

- **Abkehr von der Exportorientierung und Sicherung des Menschenrechts auf Nahrung weltweit!**

Die starke Exportorientierung der Fleisch-Überproduktion Niedersachsens führt dazu, dass insbesondere schlecht verkäufliche Fleischteile zu Dumpingpreisen in den Entwicklungsländern landen und dort lokale Märkte und die Existenzen der Kleinbauern zerstören. Diese schädigenden Exporte müssen gestoppt werden.

- **Förderung und Ausbau der ökologischen Landwirtschaft!**

Das Agrarland Nr. 1 ist Schlusslicht im Ökolandbau. Dieser gerät gegenüber der starken Subventionierung der Intensivlandwirtschaft in Niedersachsen immer weiter ins Hintertreffen. Die Förderung von Landwirten, die ihre Betriebe auf ökologische Landwirtschaft umstellen möchten, muss betriebswirtschaftlich eine sichere und vor allem auch langfristig verlässliche Basis bekommen. Die Förderungen des Ökolandbaus in Agrarumweltprogrammen sowie bei Projekt- und Forschungsmitteln müssen deutlich angehoben werden.

Die Züchtung, Weiterentwicklung und Erhaltung von ökologischem Saatgut und widerstandsfähigen alten Nutzierrassen muss gefördert werden.

- **Sicherstellung von Klima- und Umweltschutz!**

Landwirtschaft darf nicht Artenvielfalt, Grundwasser, Bodenfruchtbarkeit und Vielfalt der Kulturlandschaft schädigen. Umweltzerstörende landwirtschaftliche Produktionen dürfen nicht länger subventioniert werden. Niedersachsen muss Vielfalt auf dem Acker, vielfältige Fruchtfolgen und den Anbau von Leguminosen fördern.

Die Bioenergieerzeugung muss auf ihre Effizienz und Klimaverträglichkeit geprüft werden. Die Biogasverstromung könnte einen Beitrag zur bedarfsgerechten Stromerzeugung leisten. Allerdings muss die Abwärme sinnvoll genutzt und dabei CO<sub>2</sub> eingespart werden. Die künftige Förderung von Biogasanlagen ist auf bäuerliche Anlagen (2,3 Mio. Kubikmeter Gas) zu begrenzen, die mit maximal 50 % Mais bestückt werden dürfen. Alternative Früchte müssen verstärkt eingesetzt und gefördert werden, es gilt an weiteren klimaschonenden Lösungen zu forschen.

Um die Überdüngung zu stoppen, muss insbesondere in den Intensivgebieten die Nährstoffzufuhr stark begrenzt werden. In die Düngebilanz muss jegliche Nährstoffzufuhr mit einfließen, dies muss flächengenau aufgeführt und überprüft werden. Die EU-Gesetze zum Schutz von Pflanzen- und Tierlebensräumen (Flora-Fauna-Habitat Richtlinie) und Wasser (Wasserrahmenrichtlinie) müssen auf Landesebene zeitnah umgesetzt werden. Darunter fallen: Förderung vielfältiger Kulturlandschaften, Hecken und Biotopverbänden, Integration von Vogelschutzmaßnahmen in Agrarförderungssysteme

sowie Schutz Renaturierung von Moor- und Niedermoorstandorten. Der Umbruch von Dauergrünland muss mit sofortiger Wirkung gestoppt werden.

- **Schutz der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft und keine Patente auf Leben!**

Anbau und Freisetzung von Gentechnikpflanzen müssen in Niedersachsen verboten und jegliche finanzielle Unterstützung von Gentechnikprojekten in Forschung oder Wirtschaft aus Steuergeldern gestoppt werden. Stattdessen muss die Gründung Gentechnikfreier Regionen, die gentechnikfreie Fütterung und die Züchtung gentechnikfreier und nachbaufähiger Sorten unterstützt werden. „HannoverGen“, ein Modellprojekt zur einseitigen Heranführung an die Agrogentechnik an vier Hannoveraner Schulen muss sofort eingestellt werden und darf nicht auf Niedersachsens Schulen ausgeweitet werden. Stattdessen muss die Erstellung von Schul- und Lehrmaterialien für eine nachhaltige, bäuerliche, ökologische Landwirtschaft (s. Weltagrarbericht) für allgemeinbildende Schulen, Landwirtschaftsschulen und Hochschulen finanziell gefördert werden.

- **Verbraucherschutz!**

Damit die VerbraucherInnen Verantwortung übernehmen können, muss bei der Deklaration auf den Verpackungen für Transparenz gesorgt werden. Abbildungen auf Verpackungen, die nicht die Realität der Erzeugung des Produkts widerspiegeln und damit die VerbraucherInnen in die Irre führen, müssen verboten und Verstöße mit hohen Geldbußen geahndet werden.

Zu kennzeichnen sind außerdem tierische Produkte – wie Milch, Eier, Fleisch – die mit Hilfe von Gentechnik-Futter erzeugt wurden. Wie bei Eiern ist auch bei Fleisch eine Klassifizierung nach Haltungsform einzuführen.

Um VerbraucherInnen die Wahl zu geben, was sie essen wollen, muss umfassende Aufklärung stattfinden. Durchzuführen sind Schul- und Weiterbildungsprogramme, in denen ein kritischerer Umgang mit Lebensmitteln und deren Erzeugung stattfindet. Hierzu gehören auch die ökologischen und gesundheitlichen Folgen unseres hohen Fleischkonsums und unsere globale Verantwortung.

In Verpflegungsstätten der Öffentlichen Hand, z.B. Kantinen, Schulen, Krankenhäusern und Landeseinrichtungen dürfen – nach einer Übergangsfrist von 3 Jahren - nur noch faire, regionale bzw. ökologisch erzeugte Produkte angeboten werden. Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Bestandteile beinhalten bzw. bei deren Herstellung gentechnisch veränderte Futtermittel eingesetzt wurden, dürfen nicht verwendet werden.